

DER BUNDESMINISTER FÜR UMWELT,
NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT



BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT,
NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT.

- REFERAT ÖFFENTLICHKEITSARBEIT -
POSTFACH 12 06 29
5300 BONN 1

UMWELT
UNION

DEUTSCHE EINHEIT
NEUE AUFGABEN



DER BUNDESMINISTER FÜR UMWELT,
NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT

UMWELT UNION

DEUTSCHE EINHEIT
NEUE AUFGABEN



I

NHALT

Die Situation

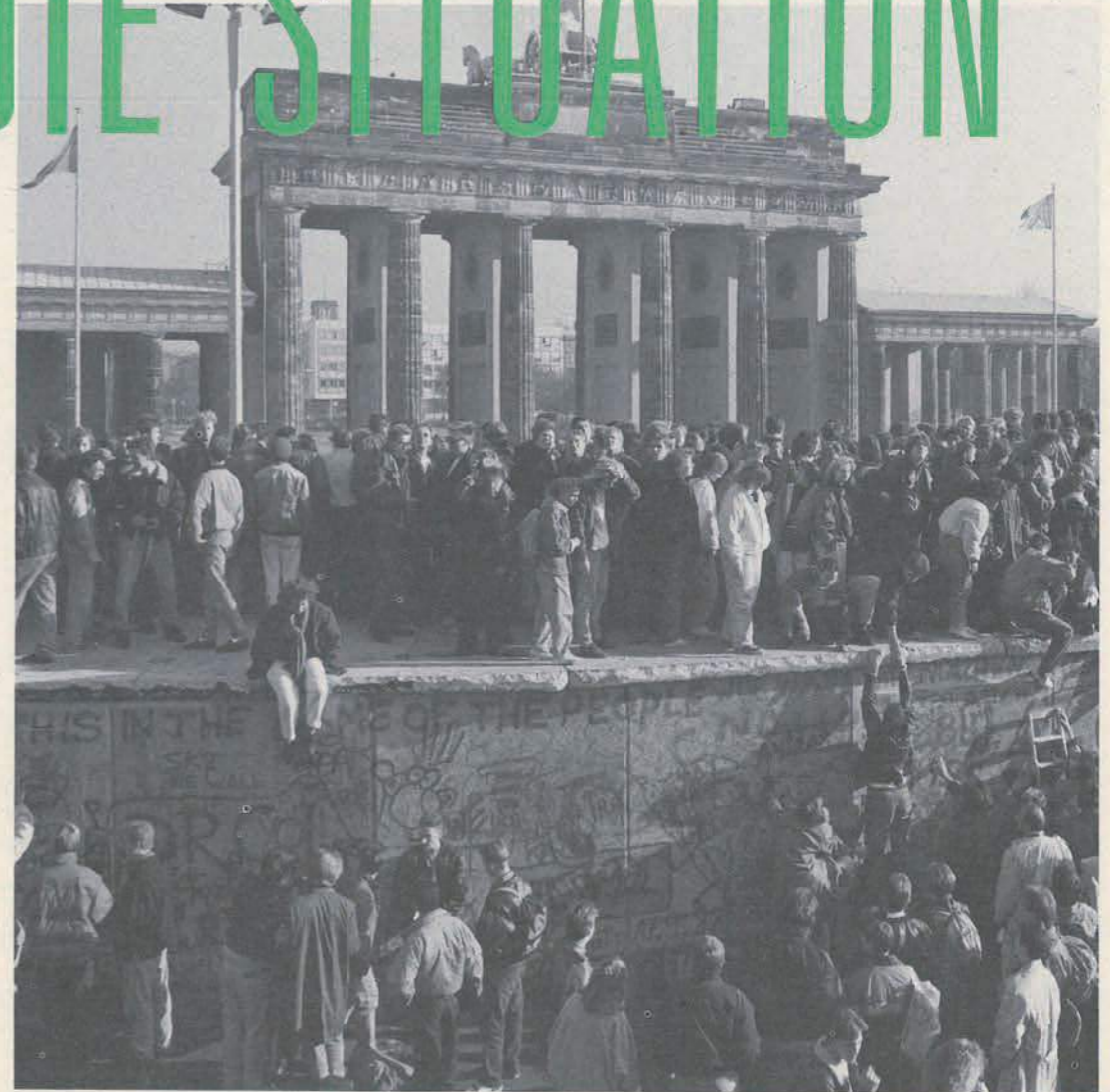
Das Handeln

Der Einigungsvertrag

Die Umweltgesetze

**UMWELT-UNION:
DEUTSCHE EINHEIT –
NEUE AUFGABEN**

DIE SITUATION



Bewohner aus beiden Teilen der Stadt sind an der Mauer am Brandenburger Tor zusammengekommen und auf die Mauerkrone geklettert. (10. November 1989)

D ER ZUSTAND DER UMWELT IN DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN

Nach der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten steht die deutsche Umweltpolitik vor großen Herausforderungen in den neuen Ländern. Vor allem die Menschen brauchen bessere Luft, saubereres Wasser und gesünderen Boden. 40 Jahre sozialistischer Planwirtschaft haben einen katastrophalen Umweltzustand hinterlassen:

BEISPIEL LUFT :

Das Gebiet der ehemaligen DDR hat die höchste Luftbelastung aller europäischen Staaten. Das liegt vor allem daran, daß 83 Prozent des Stroms aus der Verfeuerung von stark schwefelhaltiger Braunkohle gewonnen wird. Filteranlagen gibt es nicht.

Luftbelastung	West	Ost
Schwefeldioxid – je Kopf in kg	17	313
Stickstoffoxid – je Kopf in kg	44	42
Kohlendioxid – je Kopf in t	11	22
Staub – je Kopf in kg	10	130

BEISPIEL GEWÄSSER :

Während im Westen der Bundesrepublik mit 161 Mrd. m³ viel Wasser vorhanden ist, ist das Wasserangebot in Ostdeutschland knapp. Hier stehen in einem Jahr mit normaler Niederschlagsmenge nur etwa 18 Mrd. m³ zur Verfügung.

Diese geringe Wassermenge ist darüber hinaus so stark verschmutzt, daß an vielen Stellen die Trinkwasserversorgung nicht gesichert ist. Vor allem Flüsse und Bäche machen große Sorgen: 30 % aller Gewässer im Osten der Bundesrepublik Deutschland sind ökologisch tot.

Die Ursachen für den extrem schlechten Zustand der Gewässer: Abwässer aus Industrie und Haushalt wurden bislang häufig ungereinigt in die Flüsse geleitet.

Nur 57 % der Einwohner der neuen Länder sind an die öffentliche Kanalisation angeschlossen. (Zum Vergleich: In den „Altländern“ sind es fast 90 %).

GEWÄSSERGÜTE VON FLÜSSEN UND BÄCHEN IN OSTDEUTSCHLAND:

- 45 % der Flüsse sind gegenwärtig auch mit aufwendigster Technologie für eine Trinkwassergewinnung nicht mehr nutzbar.
- 35 % der Flüsse sind nur noch mit komplizierten ökonomisch sehr aufwendiger Technologie aufbereitbar.
- 20 % der Flüsse sind für die Trinkwassergewinnung mit normalen Aufbereitungstechnologien nutzbar.



Große Luftverschmutzer:
alte Kraftwerke

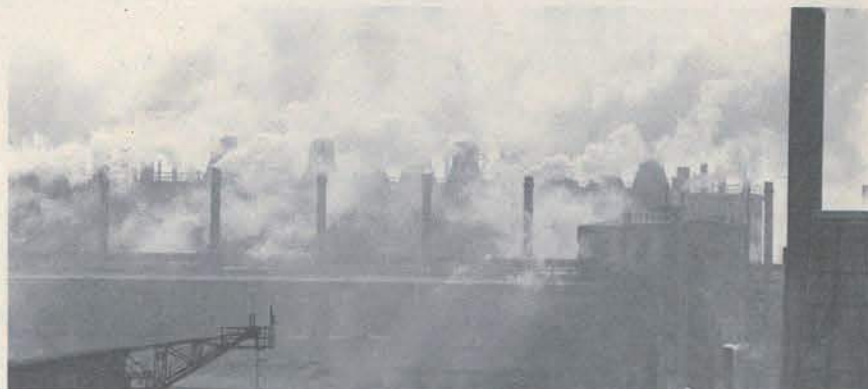
BEISPIEL BODEN:

Die jahrelang hohe Schadstoffkonzentration in Luft und Wasser hat den Boden versauert und biologisch mit nicht oder kaum abbaubaren gefährlichen Stoffen angereichert. Vor allem die chemische Industrie, die Kohleveredlung und die Metallindustrie haben nach 40 Jahren sozialistischer Mißwirtschaft hochgradig verschmutzte Böden hinterlassen. Viele Belastungen des Bodens sind durch das völlig verantwortungslose „Beiseite-Schaffen“ von Abfällen entstanden. So gibt es allein für Haushaltsabfälle etwa 10.000 wilde Müllkippen.

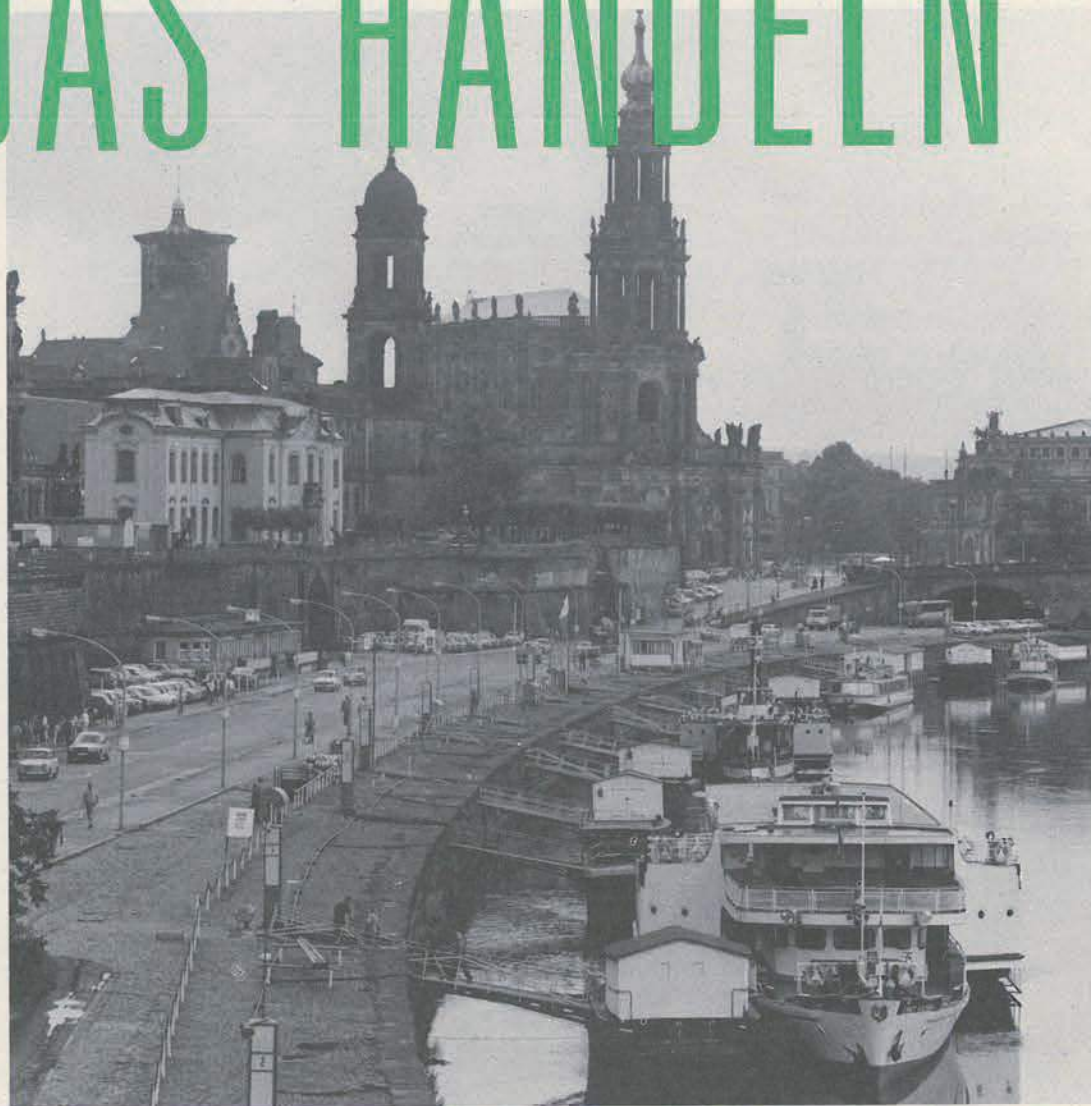
Auch die intensiv und einseitig betriebene Landwirtschaft hat dazu beigetragen, daß die Böden nunmehr hochgradig belastet sind.



Braunkohletagebau
und Braunkohle-Kraftwerk
Espenhain



DAS HANDELN



Dresden:
Elbe mit Hofkirche

HANDELN IN VERANTWORTUNGSGEMEINSCHAFT

Bereits im September 1987 hat die Bundesregierung in einem Umweltabkommen mit der DDR die Grundlage für eine Zusammenarbeit im Umweltschutz gelegt.

Seit der friedlichen Revolution in der DDR im November 1989 sind die Weichen im Hinblick auf eine grundlegende Modernisierung und Sanierung von Wirtschaft und Umwelt für das Gebiet der ehemaligen DDR gestellt.

Um für die Menschen in den besonders belasteten Regionen der neuen Bundesländer rasch eine spürbare Verbesserung zu erreichen, fördert der Bundesumweltminister dort mit 671 Millionen DM Umweltschutzprojekte.

Insgesamt werden dadurch Investitionen in Höhe von rd. 2,4 Milliarden DM ermöglicht. Mit moderner Techno-

logie soll beispielhaft aufgezeigt werden, wie Umweltprobleme rasch gelöst werden können.

Die Gemeinsame Umweltkommission hat bereits mit ihrer Arbeit seit Februar 1990 das Fundament für die Umweltunion gelegt: Bis zum Jahr 2000 soll es überall in Deutschland das gleiche hohe Umweltschutzniveau geben.

● „UMWELTRECHT- UND VERWALTUNGSORGANISATION“

Die anlagen- und produktbezogenen Regelungen des bundesdeutschen Umweltschutzes wurden bereits nahezu vollständig zum 1. Juli 1990 in der DDR eingeführt. Dieses ist im Einigungsvertrag festgeschrieben.

Die Verwaltung in den neuen Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen wird aufgebaut und damit die Durchsetzung der Umweltgesetze gesichert.

Die „Altländer“ haben sich am 26. Juli 1990 in einer Verwaltungsvereinbarung verpflichtet, durch ihre Behörden Verwaltungshilfe in den 5 neuen Bundesländern zu leisten. Diese Vereinbarung soll den Vollzug des Umweltschutzes sichern.

Idylle am Elbsandsteingebirge: die Elbe muß schnell von ihrer Schmutzfracht befreit werden.



● „ÖKOLOGISCHER SANIERUNGS- UND ENTWICKLUNGSPLAN“

Für die gesamte DDR wird zum 15. November 1990 ein ökologischer Sanierungs- und Entwicklungsplan erstellt.

Zusätzlich werden Sanierungskonzepte für zwei besonders belastete Regionen, Großraum Leipzig/Halle/Bitterfeld/Merseburg und Raum Mansfeld, erstellt.

● „UMWELT UND ENERGIE“

Es werden grundsätzliche Empfehlungen für eine ökologisch vertretbare Energiepolitik in der DDR und Empfehlungen zu ihrer schnellstmöglichen Umsetzung erarbeitet.

Gebiete mit herausragendem Naturschutzwert sollen erhalten bleiben.



DI IE UMWELTSCHUTZ- PROJEKTE

**DIESE PROJEKTE
WERDEN VOM
BUNDESUMWELT-
MINISTER
MIT INSGESAMT
671 MIO DM
GEFÖRDERT**

PROJEKT
1-2 □

**Kläranlage Dresden-
Kaditz:**

Durch die Sanierung der mechanischen Grobreinigungsanlage und durch eine Zwischenlösung für die Klärschlammbehandlung wird die Wiederinbetriebnahme der mechanischen Reinigungsstufe und die baldige Errichtung der ersten biologischen Reinigungsstufe möglich. Gegenwärtig fließen Haushalts- und Gewerbe-Abwässer völlig ungeklärt in die Elbe.

PROJEKT
3 ○

**Moderner Gaskessel in
Bad Blankenburg:**

Durch den Ersatz eines alten Braunkohlekessels in einem Industriekraftwerk wird der Kurort in erheblichem Umfang von Staub-, Kohlen- und Schwefeldioxid-Emissionen entlastet.

PROJEKT
4-5 ○

**Entstaubungsanlagen in
Bad Dürrenberg und
Röblingen-Amsdorf:**

Durch den Einbau der Anlagen in einem Heiz- und Industriekraftwerk wird die Staubbelastung in den umliegenden Ortschaften drastisch reduziert.

PROJEKT
6 □

**Trinkwasseraufbereitungs-
anlage Bad Blankenburg:**

Durch eine Anlage zur Entwässerung der Filterschlämme wird deren Ausbringung in Schlammstapelbecken bzw. deren Einleitung in die Saale vermieden.



PROJEKT

7-9



Kläranlagen Erfurt-Kühnhausen und Berlin-Waßmannsdorf:

Durch die Errichtung von Schlammwässerungs- und Abwasserpumpen wird die flächenintensive und grundwassergefährdende Ausbringung der Naßschlämme in weitgehend ungesicherten Erdbecken deutlich eingeschränkt, hygienische Risiken werden verringert.

PROJEKT

10



Ersatzwärmeversorgung Greifswald:

Bisher wurde in Greifswald die Wärmeversorgung von mehreren Wohngebieten im Umkreis des Kernkraftwerkes Greifswald sowie einer Reihe von Industrie- und Gärtnereibetrieben durch Auskoppelung der Wärme aus den Blöcken 1-4 des Kernkraftwerkes sichergestellt.

Durch die Errichtung der Ersatzwärmeversorgung ist eine Entscheidung über die Stilllegung des Kernkraftwerkes möglich geworden, ohne die notwendige Wärmeversorgung der Region Greifswald zu gefährden.

PROJEKT

11



Smog-Frühwarnsystem: Bereitstellung von Meß- und Übertragungsausrüstungen für den Datenaustausch über die Luftbelastung bei extremen Witterungsbedingungen

Durch das vorgesehene Meßnetz und die schnellere Verfügbarkeit detaillierter Daten werden präventive Schutzmaßnahmen und damit eine Verringerung der Umweltbelastungen möglich.

PROJEKT

12-20



Meßsysteme

a) Gewässergütemeßsystem:

Es umfaßt insgesamt sechs automatische Gütemeßstationen und drei Laboratorien. Drei Stationen werden an der Elbe, je eine an der Havel, in der Saale und der Spree errichtet.

b) Einrichtung der Meß- und Gerätetechnik:

Für ihre Anschaffung wurden alleine acht Förderverträge übergeben. Das bringt Verbesserung bei der Erfassung von Luftbelastungen, der Beseitigung von Rohrbrüchen und der Bodenanalyse.

PROJEKT

21



Abwasserarme Lederproduktion mit Chromrückgewinnung und Entschwefelung bei der Lederfabrik Berlin.

Die bei diesem Pilotvorhaben vorgesehene Kombination von Verfahrensschritten zur Chromrückgewinnung aus Gerbereiabwasser, zur Chromeliminierung aus Färbereiabwasser und zur Entschwefelung des Abwassers aus der Rohhautaufbereitung sowie zur Senkung des Frischwasserbedarfs ist nach heutigen Erkenntnissen einmalig. Das Projekt hat daher in besonderer Weise Demonstrationscharakter.

PROJEKT

22



Reinigung von Kokereiabwasser und Entschwefelung von Kokereigas bei der Großgaserei Magdeburg.

Das Projekt ist Teil einer Grundsanie rung der Großgaserei Magdeburg, in der in den nächsten Jahren die 60 Jahre alten Koks batterien durch moderne Anlagen ersetzt werden. Mit dem Projekt selbst wird eine weitgehende Reinigung der stark mit Phenolen, Stickstoffverbindungen und Cyaniden belasteten Abwasser der Kokerei angestrebt. Durch die Umstellung auf ein modernes Gasreinigungsverfahren werden gleichzeitig rund 5000 Tonnen stark schwefelhaltiger Sonderabfälle pro Jahr vermieden. Die Elbe wird jährlich um insgesamt 4000 Tonnen Stickstoffverbindungen, 435 Tonnen Phenole und 22 Tonnen Cyanide entlastet.

PROJEKT

23



Bau einer Rauchgasreinigungsanlage im Braunkohlekraftwerk Thierbach.

Das Braunkohlekraftwerk bei Leipzig soll mit einer modernen, hochwirksamen Rauchgasentschwefelung auf der Basis eines Naßwaschverfahrens ausgerüstet werden, bei dem als Nebenprodukt ein im Baustoffbereich einsetzbarer, verkaufsfähiger Gips anfällt, für den im Leipziger Raum erheblich Bedarf besteht. Wegen des hohen Schwefelgehaltes der in Thierbach verfeuerten Kohle werden an die Rauchgasreinigungsanlage extreme Anforderungen gestellt. Die Investition, die etwa eine halbe Million Mark verschlingt, wird beispielhaft für die Nachrüstung von DDR-Braunkohlekraftwerken sein. Allein in Thierbach werden die Schwefeldioxid-Emissionen von heute 274 000 Tonnen pro Jahr auf lediglich 10 000 Tonnen gesenkt.

PROJEKT

24



Errichtung einer Anlage zur Hochtemperaturverbrennung von Arzneimittelrückständen im Arzneimittelwerk Dresden.

Verbrannt werden sollen schadstoffhaltige Abfälle und Zwischenprodukte, die zur Zeit noch entweder ins Abwasser oder auf die Deponie gelangen. Mit dem Vorhaben wird erreicht, daß die obere Elbe in der Größenordnung von 4000 Jahrestonnen chlorhaltiger Abfälle entlastet und eine besonders gute Abgasqualität bezüglich Staub, Chlorwasserstoff, Schwefeldioxid, nitrosen Gasen und Metalloxiden erreicht wird. Das Vorhaben wird also erheblich zur Wassereinhaltung und Schonung von Deponien beitragen, durch die besondere Form der Rauchgasreinigung wird eine zusätzliche Luftbelastung vermieden.

PROJEKT

25



Entfernung und Aufarbeitung von Ammoniak und Schwefelwasserstoff aus Raffinerieabwasser bei den Leuna-Werken.

Mit diesem Projekt wird eine innovative, technologisch anspruchsvolle Verfahrenskombination zur Aufarbeitung von stark mit Ammoniak und Schwefelwasserstoff belastetem Raffinerieabwasser zu verwertbaren Produkten demonstriert. Mit Inbetriebnahme werden jährlich insgesamt etwa 3400 Tonnen Ammoniak und rund 4000 Tonnen Schwefelwasserstoff aus dem Abwasser und damit aus der Saale zurückgehalten und in industriell verwertbare Ammoniakwasser und Schwefel umgewandelt.

PROJEKT

26



Modellhafte Sanierung einer auf Festgestein aufgetragenen Sonder- und Hausmülldeponie in Freiberg.

Diese Deponiesanierung stellt aufgrund der für die industrialisierten Mittelgebirgsbereiche typischen Untergrundbedingungen andere Anforderungen an die Sanierung als bei den beiden Dresdner Deponien. Auch hier geht es vor allem um Verringerung der Beeinträchtigung von Grundwassernutzungen, der Bodenbelastungen und um eine Verbesserung der Wohnumfeldsituation in den angrenzenden Siedlungen.

PROJEKT

27



Abwasserbehandlung mit Biogaserzeugung im Gärungschemie-Werk in Dessau.

Die Anlage wird das bei der Produktion von Ethanol und Futtermittel anfallende stark mit sauerstoffzehrenden Stoffen belastete Abwasser behandeln. Die Abwasserbelastung der Elbe wird spürbar gesenkt. Außerdem wird die Anlage die Produktion von Biogas ermöglichen.

PROJEKT

28



Modellhafte Umweltsanierung der Chemie AG Bitterfeld.

Ziel dieses Vorhabens ist es, als erste Stufe für ein breitangelegtes Gesamtprojekt die Grundlagen für eine umweltorientierte Unternehmensführung sowie für eine modellhafte Abwasserreinigung durch das Unternehmen zu schaffen. Dafür sollen betriebliche Meß- und Kontrollsysteme installiert werden, wie sie in der DDR unbekannt waren.

PROJEKT
29



Modellhafte Sanierung von zwei Deponien in Dresden.

Bei beiden Deponien handelt es sich um DDR-typische Mischdeponien, auf die in der Vergangenheit neben Hausmüll und Bauschutt auch große Mengen gefährlicher Sonderabfälle unkontrolliert abgelagert wurden. Beide Deponien werden mit hohem Kostenaufwand in Teilschritten analysiert, gesichert und modernster Deponietechnik angepaßt. So werden die Boden- und Grundwasserbelastungen weitgehend vermindert, ebenso die Luftbelastung durch entweichendes Deponiegas, Staub und Gestank, was die Lebensbedingungen in den benachbarten Wohnsiedlungen deutlich verbessert.

PROJEKT
30



Neubau einer Kläranlage in Wittenberg/Piesteritz und Abwasservorbehandlung im ortsansässigen Düngemittelwerk zur Senkung der Abwasserbelastung der Elbe.

Es wird eine großtechnische Kläranlage zur gemeinsamen Behandlung von Abwasser aus dem ortsansässigen Düngemittelwerk und der Kommune gebaut. Es werden Reinigungsleistungen angestrebt, die die Anforderungen nach § 7 a Wasserhaushaltsgesetz deutlich übertreffen. Die Abwasserbehandlungsanlage wird die Elbe jährlich um ca. 3000 t Stickstoff und ca. 9000 t Phosphor entlasten.

PROJEKT
31



Kläranlage Priegnitzer Zellstoff- und Zellwolle GmbH in Wittenberge

Die bei der Zellstoff- und Zellwolle GmbH anfallenden Abwässer sollen zusammen mit den Abwässern der Ölwerke Wittenberge und den kommunalen Abwässern geklärt werden. Die vorgesehenen Grenzwerte unterschreiten deutlich die Anforderungen der 19. Abwasserverwaltungsvorschrift. Das Pilotprojekt steht im engen Zusammenhang mit der vollständigen Umstellung des Produktionsverfahrens bei der Zellstoff- und Zellwolle GmbH. Durch die Kombination von zentraler Abwasserbehandlung einer Kommune und dem gleichzeitigen Einsatz des modernen Verfahrens in der Zellstoffherstellung erhält das Projekt Modellcharakter für den Gewässerschutz.

PROJEKT
32



Abfall- und Abwasserentsorgung der „Anhaltische Chemische Werke GmbH“ in Schönebeck

Durch Einführung modernster Techniken der Abfall- und Abwasserentsorgung wird die Elbe um erhebliche Mengen von Nitroaromaten und Stickstoff entlastet.

PROJEKT
33



Industriekraftwerk Währlitz bei Leipzig (Mitteldeutsche Braunkohlenwerke AG)

In Währlitz soll ein Industriekraftwerk errichtet werden. Das neue Kraftwerk soll die alten Anlagen ersetzen und wird dadurch die Staubemissionen von 8213 t/a (Tonnen pro Jahr) auf unter 80 t/a, die Schwefeldioxid-Emissionen von 4724 t/a auf unter 470 t/a und die Emissionen von Stickstoffoxiden von 1285 t/a auf unter 380 t/a reduzieren. Durch Stilllegung der Brikettfabrik werden darüber hinaus 2270 t/a Kohlestaub entfallen. Die Emissionsminderung wird insbesondere in dem stark belasteten Raum Borna/Leipzig zu einer erheblichen Verminderung der Luftbelastung führen.

PROJEKT
34



Wärmeversorgungskonzept Friedrichshain/Kreuzberg

Das Projekt besteht aus mehreren Phasen:

Phase 1: Wärmetechnische und bautechnische Sanierung von ca. 1300 Wohnungen mit Einführung einer verbrauchsabhängigen Abrechnung im Bezirk Friedrichshain mit dem Ziel, in einem geschlossenen Altbaugebiet die umwelt- und energiepolitischen Chancen einer pilothaften Umweltschutztechnik zu demonstrieren.

Phase 2:
Projektierung einer umwelt-
technisch innovativen Ener-
gieerzeugungsanlage am
Stadtrand von Berlin.

Phase 3:
Wärmetechnische Erschlie-
ßung des Bezirks Friedrichs-
hain und des Bezirks
Berlin-Mitte sowie Kreuzberg
verbunden mit Wärmeschutz-
maßnahmen in diesen Ost-
berliner Bezirken.

PROJEKT
35



Sanierung der Viskose- faserproduktion bei der Thüringischen Faser AG in Schwarza

In Verbindung mit Produk-
tionsumstellungen soll der Ein-
satz wirkungsvoller innovativer
Umweltschutzanlagen vorge-
sehen werden. Die vorrangigen
Umwelteffekte liegen in
einer erheblichen Verminde-
rung der Abwasserbelastung
der Saale, wobei die geltenden
Grenzwerte erheblich unter-
schritten werden sollen.

PROJEKT
36



Umweltorientierte Sanierung der BUNA AG in Schkopau

Durch das Projekt wird die
Voraussetzung für eine
umweltverträgliche Umstrukturi-
erung des Chemiewerkes
geschaffen. Die Konzeption
sieht insbesondere vor, den bis-
lang produktionsbedingten
Anfall von Quecksilber, Chlor-
kohlenwasserstoffen, Cyanid
und Kalkschlamm zu vermei-
den. Saale und Elbe werden
dadurch erheblich von Schad-
stoffen entlastet.

2,36 Mrd DM



Investitions-
volumen

671 Mio DM



Förder-
volumen

(Stand: September 1990)

Dadurch werden Umweltbelastungen in Problem-
schwerpunkten vermindert; z. B. werden folgende
Emissionen durch die Projekte reduziert:

● Staub um etwa	45.000 t/Jahr
● SO ₂ um etwa	270.000 t/Jahr
● wassergefährdende Stoffe um etwa	30.000 t/Jahr
davon akut giftige Schadstoffe z. B.	
● Cyanide um	22 t/Jahr
● Phenole um	435 t/Jahr
● Quecksilberemissionen in Boden, Luft, Wasser um mehr als	70 t/Jahr

DER EINIGUNGSVERTRAG

Die Bedeutung des Umweltschutzes für die Gesamtentwicklung in Deutschland wird im Einigungsvertrag besonders hervorgehoben. Die zentrale Regelung hierfür findet sich in Artikel 34 des Einigungsvertrages.

Aus Artikel 34:

Ausgehend von der in Artikel 16 des Vertrags vom 18. Mai 1990 in Verbindung mit dem Umweltrahmengesetz der Deutschen Demokratischen Republik vom 29. Juni 1990 begründeten deutschen Umweltunion, ist es Aufgabe der Gesetzgeber, die natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen unter Beachtung des Vorsorge-, Verursacher- und Kooperationsprinzips zu schützen und die Einheitlichkeit der ökologischen Lebensverhältnisse auf hohem, mindestens jedoch dem in der Bundesrepublik Deutschland erreichten Niveau zu fördern.

DIE UMWELTGESETZE

Im Einigungsvertrag ist noch einmal die Übernahme aller umweltrelevanten Gesetze der Bundesrepublik Deutschland vorgesehen. Damit wird sichergestellt, daß neue Gewerbeanlagen überall in Deutschland nach gleichen Umweltaforderungen genehmigt werden. Für bestimmte, bereits bestehende Anlagen sind in den neuen Ländern für die einzelnen Gesetze Übergangsfristen festgesetzt, bis zu deren Ende die umweltschutzrechtlichen Bestimmungen erfüllt werden müssen.

Es ist nicht nur aus Umweltsicht wichtig, sondern auch ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft, bei der Modernisierung der ehemaligen DDR-Wirtschaft von Anfang an die Anforderungen des Umweltschutzes zu berücksichtigen. Das Gebiet der DDR ist kein Umwelt-Billigland.

BUNDES- IMMISSIONSSCHUTZ- GESETZ

Das Bundes-Immissionsschutzgesetz trifft die Luftreinhaltung und Lärmbekämpfung. Sein Zweck ist es, Menschen und Tiere, Pflanzen und andere Sachen vor schädlichen Umwelteinwirkungen zu schützen und deren Entstehen vorzubeugen.

WASSERGESETZE DES BUNDES

- **Wasserhaushaltsgesetz**
Die Gewässer sind so zu bewirtschaften, daß Sie dem Wohl der Allgemeinheit dienen. Jede vermeidbare Beeinträchtigung muß unterbleiben.
- **Abwasserabgabengesetz**
Einleiter schädlichen Abwassers (Gemeinden, Industrie) müssen eine Abgabe zahlen. Die Höhe der Abwasserabgabe richtet sich nach der Schädlichkeit des eingeleiteten Abwassers.
- **Wasch- und Reinigungsmittelgesetz**
Wasch- und Reinigungsmittel dürfen nur so in den Verkehr gebracht werden, daß nach ihrem Gebrauch jede vermeidbare Beeinträchtigung der Beschaffenheit der Gewässer und eine Beeinträchtigung des Betriebs von Abwasseranlagen unterbleibt.



Storchennest in Eldena



Schwerin

ABFALLGESETZ

Abfälle sind zu vermeiden oder soweit wie möglich zu verwerten; Abfälle, die nicht vermeidbar und verwertbar sind, dürfen nur in den dafür zugelassenen Anlagen oder Einrichtungen behandelt, gelagert oder abgelagert werden.

CHEMIKALIENGESETZ

Durch Verpflichtung für Prüfung und Anmeldung von Stoffen und Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von gefährlichen Stoffen und Zubereitungen werden der Mensch und die Umwelt vor schädlichen Einwirkungen gefährlicher Stoffe geschützt; die Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe kann verboten oder beschränkt werden.

BUNDESNATURSCHUTZGESETZ

Das Bundesnaturschutzgesetz dient dem Naturschutz und der Landschaftspflege. Seine Ziele sind die nachhaltige Sicherung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der Nutzungsfähigkeit der Naturgüter, der Pflanzen- und Tierwelt sowie der Vielfalt und Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft.

ATOMGESETZ

Die Erforschung, Entwicklung und Nutzung der Kernenergie zu friedlichen Zwecken soll gefördert werden, dabei jedoch Leben, Gesundheit und Sachgüter vor den Gefahren der Kernenergie oder ionisierenden Strahlen geschützt werden.

Weitere Informationen können Sie bei folgenden Adressen anfordern:

Umweltbundesamt
Bismarckplatz 1
1000 Berlin 33

Bundesamt für Strahlenschutz
Postfach 10 01 49
3320 Salzgitter 1

Bundeforschungsanstalt für Naturschutz und Landschaftsökologie (BFANL)
Konstantinstraße 110
5300 Bonn 2

IMPRESSUM:

Herausgeber:
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Postfach 120629
5300 Bonn 1

Redaktion:
Dr. Ute Gräfin Rothkirch, BMU
Susanne Pillath

Gestaltung:
Planungsgruppe Umwelt- & Naturschutz, HJ Hahn, Köln

Bildnachweis:
gebek/Bavaria, Bundesbildstelle
Zeitbildverlag

Druck: Druck-Service
E. Böhm, 5461 Hausen

September 1990

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Darüber hinaus darf sie weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen. Mißbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Diese Broschüre ist hergestellt aus 100% Altpapier